



Präsentation von „Gemeinsam sicher“ in Eisenstadt: Innenminister Wolfgang Sobotka und Generaldirektor Konrad Kogler.



„Gemeinsam sicher“: Es sollen Netzwerke initiiert werden, in denen Polizei und Bevölkerung kooperieren.

„Gemeinsam sicher“

In zwei Bezirken und Städten startete im April 2016 die Initiative „Gemeinsam sicher“. Bürgerinnen und Bürger wirken an der Gestaltung der öffentlichen Sicherheit in ihrem Lebensumfeld mit.

Die Menschen in einer Stadt meiden eine Parkanlage, weil sie sich unsicher fühlen wegen betrunkenen Jugendlicher, die lärmern, Leute anpöbeln, Laternen beschädigen, Parkbänke mit Graffiti besprühen und Müll verteilen.

Die Polizei handelt und bringt Bürger- und Gemeindevertreter, Vertreter der Jugendwohlfahrt und des Arbeitsmarktservices sowie der Polizei zusammen, um gemeinsam Maßnahmen zur Lösung der Probleme auszuarbeiten. Daraufhin werden die Beschädigungen repariert, es wird ein Spielplatz errichtet, der Müll wird regelmäßig entsorgt. Die Polizei streift häufiger durch den Park und kooperiert mit Sozialarbeitern, die im Park auf die Jugendlichen zugehen. Die Gemeinde startet mit dem Arbeitsmarktservice ein Beschäftigungsprojekt und gibt vielen Jugendlichen wieder eine Zukunftsperspektive. Der Park wird nach kurzer Zeit auch wieder von Familien mit Kleinkindern genutzt. So könnte eine kreative Lösung aussehen, wie Polizei und Bevölkerung für ein Anliegen von Menschen eintreten und gemeinsam die Sicherheit in einer Gemeinde gestalten.

Die Initiative „Gemeinsam sicher“ basiert auf der Zusammenarbeit von Polizei und Bevölkerung in Fragen der öffentlichen Sicherheit auf Gemeinde- und Bezirksebene sowie auf Landes- und Bundesebene. „Gemeinsam sicher“

folgt dem Konzept des *Community Policing*, bei dem Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung der öffentlichen Sicherheit in ihrem Lebensumfeld mitwirken. *Community Policing* hat seinen Ursprung in den Vereinigten Staaten zu Beginn der 1980er-Jahre. In vielen amerikanischen Städten gab es Probleme zwischen der Bevölkerung und der Polizei, die man auch auf Defizite in der Streifenfähigkeit der Polizei zurückführte. *Community Policing* zielt darauf ab. Es möchte die Beziehung zwischen Bürger und Polizei verbessern, indem es die Arbeitsweise der Polizei hin zu präventiven, kreativen Lösungen richtet, um den Anliegen der Menschen besser begegnen zu können.

Die Initiative „Gemeinsam sicher“ geht über das bloße Verhindern und Verfolgen von Straftaten hinaus. „Mit der Initiative wollen wir den Dialog auf Augenhöhe zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, der Stadtverwaltung und der Polizei aktiv vorantreiben“, sagt Innenminister Mag. Wolfgang Sobotka. „Wir müssen zu einer Gesellschaft des Hinsehens kommen und nicht zu einer Gesellschaft des Wegsehens.“

Wichtig ist, dass Themen von der Bevölkerung an die Polizei als ihr Ansprechpartner für Fragen der öffentlichen Sicherheit herangetragen werden. Das setzt einen regelmäßigen Dialog auf Augenhöhe voraus, der Vertrauen schafft. Vereine, Schulen, Elternforen, Jugendzentren, Gaststätten sind mei-

nungsbildende Orte in einer Gemeinde, an denen sich die Bevölkerung und Polizei austauschen können. Auch die lokalen Wirtschaftstreibenden könnten sich an der Lösung von Problemen beteiligen, etwa mit der Bereitschaft, Öffnungszeiten einzuschränken, oder damit, Konzepte auszuarbeiten, wie man die Verschmutzung öffentlicher Flächen einschränken kann.

Mit „Gemeinsam sicher“ sollen Netzwerke initiiert werden, in denen Polizei und Bevölkerung kooperieren und die Sicherheit in ihrem Umfeld gemeinsam gestalten können. „Die Menschen in unserem Land sind verunsichert und brauchen einen Ansprechpartner für ihre Ängste“, sagt der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Mag. Mag (FH) Konrad Kogler. „Die Polizei will ihr Ansprechpartner in Fragen der öffentlichen Sicherheit sein und ihnen die Möglichkeit geben, die Sicherheit in ihrem Lebensumfeld mitzugestalten. Das nimmt Ängste und erhöht das Sicherheitsgefühl.“

Früher sei die Verfolgung und auch die Verhinderung von Straftaten Kern der polizeilichen Arbeit gewesen, ergänzt der Generaldirektor. „Heute gehen wir einen Schritt weiter zu einer gemeinsamen Gestaltung der Sicherheit durch alle Betroffenen. Jeder kann teilnehmen. Mit der Polizei gemeinsam können Gemeinden, Vereine, Organisationen und somit die gesamte Bevölkerung die Sicherheit in jeder Gemeinde

Sicherheitsbürger



Sicherheitsbürger können bei der Initiative „Gemeinsam sicher“ an der Entwicklung von Lösungen mitwirken.

und in ganz Österreich mitgestalten. Die Initiative stellt also eine Weiterentwicklung der Polizei dar.“

Akteure der Initiative „Gemeinsam sicher“. Durch die Zusammenarbeit zwischen der Polizei, den Bürgerinnen und Bürgern, den Vereinen, dem Sicherheitsgemeinderat und den Sicherheitsbürgern soll eine enge und transparente Umsetzung von sicherheitsrelevanten Aufgaben gewährleistet werden.

- **Community-Polizisten** sollen der zentrale „exekutive“ Ansprechpartner der Sicherheitsbürger vor Ort und der regionale Stakeholder sein. Sie fungieren als verlängerter Arm der „Community-Referenten“ und unterstützen diese in allen Belangen des „Community Policing“ sowie in anderen Präventionsangelegenheiten.

- **Sicherheitsbürger** sind Menschen, die auf regionaler Ebene Interesse am Mitwirken und Mitgestalten von Sicherheit haben. Sie sollen durch die Weitergabe von Präventionsinformationen an ihre Mitbürger als Multiplikatoren fungieren und zur Sensibilisierung der Bevölkerung in Fragen der Verbrechensvermeidung beitragen.

- **Sicherheitsgemeinderäte** sind Gemeinderäte, die in sicherheitsbehördlichen Angelegenheiten die Schnittstelle zwischen der örtlich zuständigen Poli-

zeinspektion und der jeweiligen Kommune bilden.

- **Community-Referenten** sollen auf Bezirksebene eingerichtet werden und als Bindeglied zwischen Community-Polizisten, Präventionsbediensteten und Sicherheitsbürgern auftreten. Sie sollen bei Informationsveranstaltungen für Sicherheitsbürger größtmöglich eingebunden werden und durch ihre regionalen Kenntnisse und steten Kontakte kriminalpräventive Maßnahmen besser koordinieren und umsetzen können.

Städte- und Gemeindebund. „Mit der neuen Initiative wird die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Polizei auf eine neue Ebene gehoben. Die Installierung eines Sicherheitsgemeinderats kann das Sicherheitsgefühl der Bürger ganz massiv steigern“, sagt Helmut Mödlhammer, Präsident des *Österreichischen Gemeindebundes*. „Es ist wesentlich vernünftiger und zielführender, die Achse Polizei und Bevölkerung durch den Sicherheitsgemeinderat zu stärken, als eigene Bürgerwehren zu gründen. Nach der Pilotphase sollte das Projekt so schnell wie möglich auf ganz Österreich ausgerollt werden.“

Kreative Lösungen für die Zusammenarbeit von Polizei, Sicherheitsbürgern und Sicherheitsgemeinderat könnten so aussehen:

- Der Sicherheitsgemeinderat und die Sicherheitsbürger helfen bei einem Drogenproblem in einer Schule oder im Bereich eines Bahnhofs in einer Gemeinde mit, indem sie gemeinsam mit der Polizei eine Präventionsveranstaltung für Jugendliche im Jugendheim organisieren.

- Der Sicherheitsgemeinderat oder der Sicherheitsbürger unterstützt vor einer Straßenveranstaltung, indem er für die Obmänner der lokalen Vereine die polizeilichen Verkehrsmaßnahmen erkundet und weitergibt.

- Auch bei der Sensibilisierung der Menschen können Sicherheitsgemeinderat und Sicherheitsbürger einen Beitrag leisten, etwa wenn Menschen in einer Gemeinde Unterschriften gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft sammeln und Flugblätter verteilen, in denen Anrainer gesucht werden, die aus Sicherheitsgründen in den Abendstunden durch den Ort patrouillieren möchten. Noch bevor die Unterkunft von Flüchtlingen bezogen wird, regt die Polizei ein Gespräch an, bei dem der Sicherheitsgemeinderat und die Sicherheitsbürger, beispielsweise der Gastwirt oder der Trafikant des Ortes, anwesend sind.

Die Sicherheitsbürger reden mit den Menschen über deren Ängste und Befürchtungen. Die Polizei bespricht mit dem Bürgermeister, den Sicherheitsbürgern und dem Betreiber der Flüchtlingsunterkunft Maßnahmen, die die Ängste der Menschen reduzieren helfen sollen.



„Gemeinsam sicher“: Wichtig für die Polizei ist, dass Themen von der Bevölkerung an sie als ihr Ansprechpartner für Fragen der öffentlichen Sicherheit herangetragen werden.

Es werden Treffen mit den Flüchtlingen organisiert, es wird die Beleuchtung bei der Flüchtlingsunterkunft verbessert und eine Anlaufstelle für die Menschen geschaffen. Die Polizei arbeitet mit den Initiatoren der Patrouillen andere Aufgaben aus, die sie im Bereich der Sicherheit wahrnehmen können.

Projektstart. Die Initiative „Gemeinsam sicher“ startete im April 2016 mit Pilotprojekten in je zwei Bezirken und Städten mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen: Im Bezirk Schärding in Oberösterreich als Grenzbezirk mit Migrationsfragen mit knapp 57.000 Einwohnern; im Bezirk Mödling in Niederösterreich als Bezirk mit 118.000 Einwohnern; in Eisenstadt als Landeshauptstadt mit etwas über 14.000 Einwohnern, sowie in den Bezirken Eggenberg, Lend und Innere Stadt in Graz als der zweitgrößten Stadt Österreichs mit etwas über 280.000 Einwohnern. Im Bezirk Schärding sind zu Beginn sieben Community-Polizisten und ein Community-Referent tätig, im Bezirk Mödling elf Community-Polizisten und ein Community-Referent, in Eisenstadt fünf Community-Polizisten und ein Community-Referent, sowie in Graz sechs Community-Polizisten und ein Community-Referent.

„Polizeiarbeit kann auch mehr sein, als täglich Anzeigen zu schreiben“, sagt Bezirksinspektor Günter Schweiger vom Kriminalreferat des Stadtpolizeikommandos Graz und nun auch Community-Polizist. „Mit der neuen Initiative sind nachhaltige Lösungen möglich“, betont Schweiger.

„Community Policing wirkt im besten Fall schon im Vorfeld, wenn noch nichts passiert ist“, sagt Chefinspektor Werner Miedl, Polizist und ehemaliger Stadtrat, der in Graz mit der Aufgabe des Community-Referenten betraut wurde. „Wichtig ist eine gute Vernetzung sowie eine vorausschauende und ganzheitliche Arbeit aller Beteiligten. Das geht in jedem Fall nur mit den Menschen in unserer Stadt“, betont Miedl. Seit Jahren organisiert er mit dem Verein „Sicher Leben in Graz“ Projekte, um das Sicherheitsgefühl der Menschen zu heben. „Ohne Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist eine gute Sicherheitsarbeit nicht möglich“, sagt Miedl.

Ausbildung. Community-Polizisten und Community-Referenten erhalten eine zusätzliche Ausbildung, um ihre Rolle als Kommunikatoren, Moderatoren und Organisatoren wahrnehmen zu können. Sie werden unter anderem ausge-

bildet in Kommunikation und Moderation, Prozessmanagement, im Erlernen von Problemlösungsstrategien sowie in der Rechtslage. Die Sicherheitsbürger bekommen als Multiplikatoren zwischen Bevölkerung und Polizei sowie für ihr Mitwirken an der Lösung von Problemen Informationen über Veranstaltungen, die in Kooperation mit den Gemeinden durchgeführt werden.

Wissenschaftliche Begleitung. Die Pilotprojekte laufen bis zum ersten Quartal 2017 mit wissenschaftlicher Begleitung. Danach erfolgen eine Gesamtevaluierung der Pilotprojekte, eventuelle Anpassungen des Konzepts sowie gegebenenfalls ein bundesweiter Start der Initiative „Gemeinsam sicher“.

Film. In einem Video wird gezeigt, wie die Polizei mit der Initiative „Gemeinsam sicher“ die Beziehung zu den Menschen verbessern und gemeinsam an Lösungen arbeiten will, um den Anliegen der Bevölkerung noch besser begegnen zu können.

Das Video kann auf *YouTube* (www.youtube.com) und auf der *Facebook*-Seite des Bundesministeriums für Inneres (www.facebook.com/BundesministeriumFuerInneres) abgerufen werden.

Reinhard Leprich

FOTO: JURGEN MAKOWIECZ